



**Dr. Dorothea Kliche-Behnke**

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion

**Landtagsbüro**

Konrad-Adenauer-Straße 3

70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-7220

**Wahlkreisbüro**

Karlstraße 3

72072 Tübingen

Telefon: 07071 8555-400

[dorothea.kliche-behnke@spd.landtag-bw.de](mailto:dorothea.kliche-behnke@spd.landtag-bw.de)

11. Oktober 2024

*Pressemitteilung*

**SPD kritisiert geplante Schließung der Kassenärztlichen Notfallpraxis in Albstadt**

Mit großem Unverständnis reagieren die SPD-Landtagsabgeordnete Dorothea Kliche-Behnke sowie die SPD-Kreisvorsitzende Zollernalb, Katja Weiger-Schick, auf die Pläne zur Schließung der Kassenärztlichen Notfallpraxis in Albstadt. Sie sehen darin einen massiven Rückschritt für die Gesundheitsversorgung in der Region und warnen eindringlich vor den Folgen dieser Entscheidung.

„Die Schließung der Kassenärztlichen Notfallpraxis in Albstadt wäre ein schwerer Schlag für die Bürgerinnen und Bürger im Raum Albstadt. Gerade in ländlichen Gebieten sind wohnortnahe medizinische Versorgungsangebote von essenzieller Bedeutung. Menschen dürfen nicht gezwungen werden, weite Wege zurückzulegen, um im Notfall die notwendige Hilfe zu erhalten“, betont Kliche-Behnke. „Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg hat einen Sicherstellungsauftrag, dem sie gerecht werden muss.“

Die SPD-Politikerin weist darauf hin, dass insbesondere ältere Menschen, Familien mit Kindern und Personen ohne eigenes Auto von dieser Maßnahme hart getroffen würden. „Sozialminister Manfred Lucha kümmert sich einmal mehr nicht um die Belange der Bevölkerung und sieht dem Erodieren der medizinischen Versorgung auf dem Land tatenlos zu.“

Die SPD-Kreisvorsitzende Katja Weiger-Schick schließt sich ihr an und sieht zudem in der geplanten Schließung eine zusätzliche Belastung für umliegende Krankenhäuser und Notaufnahmen sowie den Rettungsdienst: „Schon jetzt sind die Kliniken in der Region oft

überlastet. Wenn die Notfallpraxis in Albstadt geschlossen wird, bedeutet das, dass noch mehr Menschen gezwungen sind, in die ohnehin überlasteten Notaufnahmen zu gehen. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Die nächsten Notfallpraxen wären dann in Sigmaringen oder Balingen. Der Wegfall der Albstädter Praxis verschlechtert die gesundheitliche Grundversorgung vor Ort weiter. Die Gesundheit der Menschen vor Ort darf nicht zugunsten von vermeintlichen Kosteneinsparungen aufs Spiel gesetzt werden.“

Die SPD fordert daher eine dringende Überprüfung der Entscheidung und appelliert an alle Verantwortlichen in Stuttgart, sich für den Erhalt der Notfallpraxis in Albstadt einzusetzen. „Die Aufsichtspflicht über die Kassenärztliche Vereinigung hat Sozialminister Lucha. Er hat die Möglichkeit den Kahlschlag bei den Notfallpraxen zu verhindern“, so Dorothea Kliche-Behnke.